

Dietmar Petzina

Unvorbereitet in die deutsche Einheit? – Die wirtschaftliche Dimension

Vortrag in der Bochumer Runde des westfälischen Forums am 8. 10.2009

Meine Damen und Herren,

morgen, am 9.Oktober, ist ein denkwürdiger Erinnerungstag: Vor zwanzig Jahren erreichten die Demonstrationen in Leipzig ihren Höhepunkt, was nicht weniger als die entscheidende Etappe zum Fall der Mauer und zur friedlichen Revolution gewesen ist. Pfarrer Führer hat darüber vor wenigen Monaten sehr eindrücklich in diesem Kreis berichtet. Gerne füge ich mich mit meinem Thema in die Vielzahl von Veranstaltungen ein, die an dieses wahrhaft historische Ereignis erinnern.

Erlauben sie mir vorweg zwei kurze Vorbemerkungen.

- An 20 Jahre friedliche Revolution zu erinnern, ist nicht nur historischem Interesse geschuldet, dient vielmehr auch unserer kollektiven Selbstvergewisserung darüber, wo wir heute als Nation stehen und wohin es in der Zukunft gehen soll. Diese Orientierung ist umso wichtiger, als in der gegenwärtigen Krise viele bisherige Gewissheiten des Modells Deutschland verloren gehen – wirtschaftlich und gesellschaftlich. Ein bloßes „Weiter so“ wird es angesichts der dramatisch beschleunigten weltwirtschaftlichen Verschiebungen sowie der ökologischen und demographischen Herausforderungen nicht mehr geben können. Ein Neubeginn ist angesagt, der sich in mancher Hinsicht mit der Zeitenwende 1989/ 1990 vergleichen lässt. Ich hoffe, dass wir diesmal besser gerüstet sind als damals.
- Zweitens, zur Abgrenzung meines Themas. Über die wirtschaftliche Dimension zu sprechen heißt nicht, die friedliche Revolution darauf reduzieren zu wollen. Mir ist bewusst, dass die wesentliche Triebkraft dieser Veränderungen im Freiheitsdrang der Menschen angelegt war, nicht im buchhalterischen Abwägen des Lebensstandards in Ost und West. Ebenso unstrittig bleibt aber auch, dass wirtschaftliche Fragen bereits seit den 1980er Jahren als Katalysatoren der Veränderung dienten, wie sie dann auch ab 1990 zu einer wichtigen Meßlatte für den Erfolg des Einigungsprozesses werden sollten.

Ich möchte meinen Vortrag in drei Schritte unterteilen:

1. Wo stehen die neuen Bundesländer heute?

2. Wie entwickelten sich die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen bis Ende der 1980er Jahre und welches Interesse gab es an diesen „Sonderbeziehungen“? Anders gefragt: Waren sie auf westlicher Seite eine vorbereitende Strategie für die Vereinigung oder ungewolltes Instrument zur temporären Stabilisierung der DDR?
3. Welche zentralen Weichenstellungen erfolgten 1990/91 und waren sie der Herausforderung – Transformation einer Planwirtschaft – angemessen. Hätte es hierzu realistische Alternativen gegeben?

I

Zur derzeitigen wirtschaftlichen Lage vorweg ein Zitat aus dem Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2009, der vor drei Monaten dem Bundestag vorgelegt wurde: „Bei allen Schattenseiten und Härten, die für viele Ostdeutsche mit dem tiefgreifenden wirtschaftlichen Strukturwandel nach der Friedlichen Revolution verbunden waren und bis heute sind..., ist die Erneuerung der wirtschaftlichen Basis in den ostdeutschen Bundesländern gut vorangekommen.“¹ Dieses nüchtern - positive Fazit ist alles in allem stimmig und bar jeder Schönfärberei oder Katastrophengeschreis. Es unterscheidet sich damit wohltuend sowohl von früheren allzu euphorischen Bewertungen der Politik, als auch von den Jeremiaden, die noch vor wenigen Jahren die Diskussion in den Medien oder in Forschungsinstituten bestimmten. Hierzu zwei Beispiele aus dem Jahre 2004, die stellvertretend für viele andere Bewertungen standen. In dramatisierender Aufmachung sprach das Magazin „Der Spiegel“ vom „Jammertal Ost“², in welchem 1250 Mrd. € verschwendet worden seien; und der Präsident des Münchner IFO – Instituts, Hans – Werner Sinn, sah hier den „zweiten Mezzogiorno“³ im Vormarsch. Derartige Kassandrarufe sind fünf Jahre später kaum mehr zu hören. Zum einen hat der wirtschaftliche Annäherungsprozeß im Aufschwungzyklus 2005 bis Sommer 2008 unübersehbare Fortschritte gemacht, zum anderen ist der Blick dafür geschärft worden, dass die regionalen Unterschiede zwischen dem Emsland und Oberbayern kaum geringer sind als jene zwischen Hessen und Thüringen. Und von der aktuellen Großen Krise ist das exportintensive Baden – Württemberg stärker betroffen als Sachsen oder Brandenburg – Maßstäbe oder Perspektiven verschieben sich!

¹ Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit, 2009, S.4

² Der Spiegel, Nr. 39, 20.9.2004

³ Hans –Werner Sinn, Ist Deutschland noch zu retten?,5.

Wirtschaftliche Vergleichdaten West – Ost 1991/ 2008
(Alte Bundesländer = 100)

	1991	2008
Sozialprodukt/ E.	42% (9440 €)	71% (22.840 €)
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	44 % (20.150 €)	79% (50.587 €)
Löhne je Beschäftigten Bruttolöhne/ Gehälter	58,2 %	81,7 %
Ost je Jahr in Industrie	12.676 € ca. 200%	23.408 € Lohnstückkosten ca. 90%
Verfügbare Haushalts- Einkommen je E.	51% (7.145 €)	79% (15.064 €)
Arbeitslosigkeit (in %, alte Bundesländer in Klammer)	10,3 (6,3)	13,1 (6,4)
Geldvermögen je Haushalt Ost zu West	18,7%	51,9% (2003)
je Einwohner Ost absolut	4.300 €	13.500 €(2007)
Renten Männer Ost, umgerechnet in €/Monat (in Klammer West)	1989: ca. 250 (ca. 750)	2007: 995 (947)
Renten Frauen Ost (in Klammer West)	1989: ca. 200 (ca. 320)	2007: 669 (480)

Quellen: Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2009; Klaus Schroeder (Forschungsverbund SED -Staat der FU Berlin), Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall – eine Wohlstandsbilanz, Manuskript, www.insm.de/
Karl – Heinz Paqué, Transformationspolitik in Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 28/ 2009

Einige Zahlenbelege für die These, das wirtschaftliche Zusammenwachsen habe sich insgesamt positiv entwickelt.⁴ 1991 betrug das Sozialprodukt je Einwohner

⁴ Daten nach Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2009, Tabellenanhang.

– also der Maßstab für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit – in den neuen Bundesländern ein Drittel der alten Länder (ohne Berlin), rechnet man Berlin ein, 42,9 %. 18 Jahre später betrug der Wert 71%, was sehr unterschiedlich gedeutet werden kann. Für jene, die das Glas immer halb leer sehen, bestätigt sich das fortwirkende Ost - West – Gefälle; andere – ich bekenne mich dazu, deuten es als eine Erfolgsgeschichte. Weshalb wird ungeduldig, gelegentlich auch rechthaberisch, über diese Differenz gesprochen, nicht jedoch über die großen Unterschiede zwischen den alten Bundesländern? Die Wirtschaftskraft eines Schleswig – Holsteiners erreichte 2008 ebenfalls nur 72% eines Hamburgers oder 80 % eines Hesses, ohne dass dies politisch besonders beachtet worden wäre. Und bezüglich der neuen Länder ist vor allem auch der Anstieg der Produktivität bemerkenswert– Ökonomen messen ihn gesamtwirtschaftlich als Sozialprodukt je Erwerbstätigen. 1989 lag es nach verlässlichen Schätzungen innerhalb der Industrie lediglich bei einem Drittel des westdeutschen Niveaus, 1991 – als Folge des Zusammenbruchs vieler Betriebe – bei 44%, 2008 bereits bei 79%. Bedeutsam war dabei der positive Trend seit Ende der 1990er Jahre, als die Zuwachsraten regelmäßig höher waren als in den alten Ländern. Dabei hat vor allem das Produzierende Gewerbe, also die im Osten zumeist mittelständisch geprägte Industrie, seit einem Jahrzehnt mit Produktivitätszuwachsen von jährlich 5- 10% eine geradezu wirtschaftswunderliche Erfolgsgeschichte geschrieben. Allerdings, auch das gehört zum Gesamtbild, konnte der Neuaufbau von industriellen Arbeitsplätzen nur zum kleinen Teil den Rückgang in den Jahren 1990/ 91 ausgleichen. Seinerzeit waren, gleichsam über Nacht, drei von vier industriellen Arbeitsplätzen verschwunden – ein für den an Stabilität gewöhnten Westler ein unvorstellbarer Vorgang. Ich erinnere nur daran, dass unsere Region, das Ruhrgebiet, dreißig Jahre Zeit für den notwendigen Strukturwandel hatte – dabei abgefedert mit Förder- und Subventionsprogrammen in Milliardenhöhe. Der Osten hatte eine sehr viel größere Anpassungsleistung zu vollbringen, was bei Stammtischreden über den Aufbau Ost oder den Solidarpakt II gerne übersehen wird. Auf die Ursachen dieses extremen Einschnitts komme ich später zurück, vor allem unter der Frage, ob dafür auch politische Entscheidungen verantwortlich waren. Hier will ich nur die Stichworte nennen: Einführung der DM im Zuge der Wirtschafts- und Währungsunion, was kurzfristig zu einer Verdreifachung der innerbetrieblichen Kosten führte; der der Produktivität vorausseilende Lohnanstieg; schließlich das Wegbrechen der Ostmärkte, in die 1989 noch mehr als die Hälfte der Exporte gingen.

Bisher sprach ich über einige abstrakte Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gesprochen, nicht jedoch von den eigentlichen gesellschaftlichen Problemen von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, von Einkommen und sonstigen Lebensbedingungen. Auch hierzu einige Daten. Die Zahl der Erwerbstätigen – Arbeitnehmer und Selbstständige - betrug 1991 8,47 Mill. , 2008 7,43 Mill., also ein Rückgang von einer Million. Gleichzeitig stieg

jedoch der Anteil der Erwerbstätigen an den Erwerbsfähigen trendmäßig an, von einem Tiefstand von 62% 1993 auf 71% 2008- das entsprach annähernd der Quote in den alten Bundesländern (74,7%). Das scheinbare Paradoxon erklärt sich aus dem Rückgang der Bevölkerung um 1,5 Mill.- Folge der Abwanderung in die alten Bundesländer und eines hohen Sterbeüberschusses. Mancher DDR - Nostalgiker verweist gerne auf den statistisch scheinbar korrekten Tatbestand, vor 1989 habe es in der DDR nicht nur eine deutlich höhere Beschäftigtenzahl gegeben, sondern auch Arbeitslosigkeit sei unbekannt gewesen. Hierzu zwei Hinweise: Die meisten Kombinate und staatlichen Einrichtungen waren Stätten versteckter Arbeitslosigkeit, die dauerhaft von keinem System finanzierbar war; weiterhin: von der beeindruckenden Beschäftigtenzahl entfielen mehr als zwei Millionen auf den engeren staatlichen Bereich – Bürokratie, Militär, Staatssicherheit und Polizei, das entsprach, bezogen auf die Einwohnerzahl, dem Doppelten der alten Bundesrepublik.⁵

Dennoch: Diese „Wendeeffekte“ einmal ausgeklammert, bleibt eine immer noch problembehaftete Arbeitsmarktbilanz. Als Faustregel kann gelten, dass die Quote der Arbeitslosigkeit in den vergangenen zwanzig Jahren jeweils doppelt so hoch war wie in den alten Bundesländern – zuletzt im Dezember 2008 mit 14% gegenüber 7% im Westen.⁶ Freilich gab es bereits erhebliche regionale Differenzierungen, die darauf hindeuten, dass Sachsen oder Thüringen in einigen Jahren zu den wirtschaftlich schwächeren Ländern im Westen aufschließen könnten. Thüringen, das insoweit erfolgreichste neue Bundesland, wies 2008 mit 11% eine niedrigere Quote auf als Bremen oder das Ruhrgebiet, was freilich zum Teil durch Pendlerbewegungen ins nahe Hessen und Bayern erklärbar ist. Ältere Schätzungen aus dem Jahre 2004⁷ gehen davon aus, dass 7% der Erwerbstätigen in den neuen Ländern regelmäßig von Ost nach West pendelten, wozu noch die dauerhafte Abwanderung – jährlich etwa 60 000 – trat. Das Defizit an Arbeitsplätzen war und ist somit die größte wirtschaftlich – politische Herausforderung; sie markiert eine unsichtbare innerdeutsche Grenze, deren Überwindung weiterhin besondere gesamtstaatliche Hilfestellungen – wie im Solidaripakt bis 2019 vorgesehen - rechtfertigt.

Was bedeutet das bislang Gesagte für die materielle Lebenssituation des Einzelnen? Ich verkürze hier bewusst, beschränke mich auf das verfügbare private Einkommen, vernachlässige damit die ebenso bedeutenden kollektiven Wohlstandseffekte, die mit der grundlegenden Erneuerung von Verkehrswegen, Wohnungen und sonstiger Infrastruktur, und nicht zu vergessen, mit einer vorbildlichen Verbesserung der ökologischen Situation in den vergangenen

⁵ Udo Ludwig, Reiner Stäglin, Das Bruttoinlandprodukt in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, in: Lothar Baar, Dietmar Petzina (Hg.), Deutsche – Deutsche Wirtschaft 1945 bis 1990, St. Katharinen 1999, S.566

⁶ Bundesagentur für Arbeit, Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt In Deutschland, Dezember 2008, Nürnberg 2009.

⁷ Joachim Ragnitz, Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Der gegenwärtige Stand des Aufholprozesses in den neuen Ländern, Vortrag am Staatswissenschaftlichen Institut der Universität Erfurt, Oktober 2004, Ms., S.2

zwanzig Jahren verbunden sind. Viele von Ihnen kannten aus eigener Anschauung den Verfall der Innenstädte, das Elend fehlender Telefonverbindungen oder die in den Städten überall spürbare, extrem hohe Belastung mit Abgasen aller Art. Ich will es bei diesem Hinweis belassen. Nur eine kleine persönliche Impression. Seit einigen Jahren habe ich Deutschland, vor allem den Osten, bis in die entlegensten Winkel mit dem Rad erkundet und dabei nirgendwo so gute Radwege gefunden wie entlang von Oder und Neiße, an der Elbe oder in Brandenburg.

Doch zum eigentlichen Punkt. Jeder Einwohner besaß deutschlandweit im Jahre 2007 ein verfügbares Einkommen von rund 18.000 € wohlgemerkt: im statistischen Durchschnitt und aus sehr unterschiedlichen Quellen gespeist – vom Lohn und der Rente bis zu Zinsen. Im Westen betrug es 19.000, im Osten etwas mehr als 15.000 €, was ca. 80% entspricht.⁸ Da die Einkommensverteilung in den neuen Ländern deutlich egalitärer als im Westen ist, zudem die Lebenshaltungskosten, vor allem Mieten, geringer sind, dürfte sich die Spanne, gemessen an der Kaufkraft, noch weiter reduzieren – der bereits erwähnte Präsident des IFO – Instituts sprach bereits 2004 von einer „Angleichung der Lebensverhältnisse“. Wichtig ist dabei der Blick zurück, um das Erreichte würdigen zu können: Gegenüber 1991 haben sich die verfügbaren Einkommen im Osten mehr als verdoppelt, im Westen stiegen sie deutlich geringer, um knapp 40%. Diese tendenzielle Angleichung der Lebenslagen wäre allerdings ohne die weltweit einmalige Geschichte finanzieller Solidarität im vereinten Deutschland nicht möglich gewesen. Richtig aber ist auch, dass 2007 bereits 90% dessen, was verbraucht wurde, aus eigener Kraft erwirtschaftet wurde – die Transferlücke, die um 1991 über 70% betrug, schließt sich allmählich. Dies ist eine wenig beachtete Erfolgsgeschichte.⁹ Der Rest setzt sich aus West – Ost - Transfers unterschiedlicher Art (Rentenangleichung, Solidarpakt) zusammen, freilich mit abnehmender Tendenz. Alles in allem dürften sich die Transfers seit 1990 auf netto 1600 Milliarden € summiert haben.

Soweit mein kurzer Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung seit Beginn der 1990er Jahre. Ob sich an den grundlegenden Befunden durch die derzeitige große Krise grundlegendes verändert, ist abschließend nicht zu beantworten.– Ich tendiere zu einem vorsichtigen Nein, nicht zuletzt, da die ostdeutschen Landsleute krisenerprobter sind und damit auch potentiell flexibler reagieren als die Deutschen im Westen. Am Ende werde ich die Frage nach dem halbvollen oder halbleeren Glas in einigen Thesen erneut aufnehmen.

⁸ Jahresbericht Deutsche Einheit 2009, Tabellenanhang, Regionaldaten, S.7

⁹ Karl – Heinz Paqué, Transformationspolitik in Ostdeutschland, in „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Nr.28, 2009, S. 27

II

Doch nunmehr zum zweiten Abschnitt, in dem die Situation vor 1989 sowie die Besonderheiten der innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen diskutiert werden. Dabei interessiert vor allem die Frage, ob sie eine Brücke zur Einheit bildeten oder die politisch ungewollte Stabilisierung der DDR bewirkten. Ich orientiere mich dabei an wenigen Stichworten:

1. Ausgangslage nach 1945, namentlich in der späteren DDR;
2. Innerdeutsche Wirtschaftsbeziehungen und deren politische und wirtschaftliche Implikationen für Ost und West, namentlich in der Ära Honecker;
3. Deutschlandpolitische Wahrnehmungen und Diskurse in der Bundesrepublik der 1980er Jahre.

Zur ersten Stichwort.¹⁰ Was weithin in Vergessenheit geraten ist: Bis zur Katastrophe des zweiten Weltkrieges war jener Teil Deutschlands, der später DDR werden sollte, keineswegs das deutsche Armenhaus, im Gegenteil: Berlin, Sachsen oder Thüringen zählten traditionell zu den am stärksten industrialisierten Regionen des Deutschen Reiches, was sich auch mit einer Spitzenposition im regionalen Wohlstand verband. Sachsen etwa war, gemessen am Volkseinkommen je Einwohner, noch in den 1930er Jahren reicher als das Rheinland oder Westfalen, und Berlin war nicht nur Zentrum der Banken und Medien, sondern zugleich größte Industriestadt Europas.¹¹ Heute ist es nach einem Bonmot des Regierenden Bürgermeisters nur noch sexy, jedoch arm. Die Gründe für die völlige Umkehr der deutschen Wohlstandsskala nach 1945 sind bekannt, sie hängen mit den direkten und indirekten Folgen der Teilung Europas zusammen: gewaltsame Sowjetisierung, Abschnürung einst blühender Landschaften vom westlichen Europa– zu ihnen zählten übrigens auch die Tschechoslowakei, die in der Zwischenkriegszeit eines der wohlhabendsten Länder gewesen war; erzwungene Integration hochentwickelter Volkswirtschaften in den wirtschaftlich unterentwickelten Verbund des Comecon; im deutschen Fall schließlich ein historisch einmaliger Aderlaß von mehreren Millionen, zumeist besonderes qualifizierten Menschen und dem praktisch vollständigen Verlust unternehmerischer Initiative. Was manche ungern hören mögen: Dass München heute größte Industrie- und Verlagsstadt Deutschlands ist, Frankfurt Zentrum der Banken und Hamburg der Zeitungen,

¹⁰ Siehe hierzu und zum folgenden auch Dietmar Petzina, *Deutsch – Deutsche Wirtschaftsbeziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg – eine Bilanz*, in: Karl – Ernst Jeismann (Hg.), *Einheit – Freiheit – Selbstbestimmung. Die Deutsche Frage im historisch – politischen Bewußtsein*, Frankfurt/ Main 1988. Neuerdings Michael Kruse, *Politik und deutsch – deutsche Wirtschaftsbeziehungen von 1945 bis 1989*, Berlin 2005.

¹¹ Dietmar Petzina, *Wirtschaftliche Ungleichgewichte in Deutschland*, in: Landeszentrale für politische Bildung (Hg.), *Nord – Süd in Deutschland ?*, Stuttgart 1987, S.73, 76.

hat nicht nur mit der besonderen Tüchtigkeit seiner Bewohner zu tun, sondern auch und nicht zuletzt mit den Folgen der Teilung – es gab Gewinner und Verlierer!

Und ein weiteres an historischer Ungerechtigkeit: Die Westzonen und die junge Bundesrepublik erhielten im Rahmen des Marshallplans großzügige Aufbauhilfe, die den Start des „Wirtschaftswunders“ erst ermöglichte; die Deutschen im Osten hatten hingegen diese Chance nicht, sie hatten vielmehr den größten Teil der Rechnung bei den Kriegsfolgen, sprich bei Demontagen und Reparationen zu zahlen. Seriöse Schätzungen gehen davon aus, dass Ende der 1940er Jahre ein Viertel bis ein Fünftel der materiellen Produktion der SBZ in die Sowjetunion geliefert wurde, was etwa eine jährliche Belastung von vier bis fünf Milliarden Mark bedeutete – mehr, als die Westzonen insgesamt über die Jahre hinweg zu leisten hatten.¹² Anders gerechnet: Deutsche in der SBZ / DDR hatten allein bei den laufenden Reparationsleistungen das Dreifache eines Westdeutschen zu zahlen, wozu noch deutlich höhere Eingriffe in die Produktionssubstanz traten.¹³

Zum zweiten Stichwort, den innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen. Vielleicht ist das Bemerkenswerteste, dass derartige Beziehungen angesichts der Sowjetisierung der DDR und der Verschärfung des Kalten Krieges überhaupt eine Chance erhielten. Immerhin war der Anfang durch Berlinblockade, Koreakrieg und – bereits seit Ende 1947 – von einer rigorosen Politik des „selektiven Handelsembargos“¹⁴ gegenüber der Sowjet – Union überschattet. Praktisch hieß das: amerikanische Hilfe war direkt an die penible Einhaltung des Embargos gebunden, wobei es im Falle der Bundesrepublik angesichts fehlender Souveränität keine eigenen Entscheidungsspielräume gab.

Die formale Grundlage des Handelsaustausches – in der DDR in den fünfziger Jahren innerdeutscher Handel, auf westlicher Seite „Interzonenhandel“ genannt – bildete das „Abkommen über Handel zwischen den Währungsgebieten der Deutschen Mark (DM – West) und den Währungsgebieten der Mark der Deutschen Notenbank (DM – Ost)“ vom 20. September 1951. Ungewöhnlich ist nicht nur die komplizierte Bezeichnung des Abkommens, in der sich die politischen Widersprüche jener Zeit spiegeln, vielmehr auch der Umstand, dass es beinahe vier Jahrzehnte, bis Ende 1989, überleben sollte. Praktisch wurde damit die D-Mark zur Verrechnungseinheit zwischen Ost und West, und dank der Festlegung der Währungsgebiete als Vertragsobjekte wurde auch der Konflikt um den Status West - Berlins gleichsam »unterlaufen«. Zudem gelang es allen Bundesregierungen, von Adenauer bis Kohl, diplomatisch den hier

¹² Wolfgang Zank, *Wirtschaft in Ostdeutschland 1945-1949*, München 1987, S.29

¹³ André Steiner, *Von Plan zu Plan*, München 2004, S. 36.

¹⁴ Siegfried Kupper, *Politische Aspekte des innerdeutschen Handels*, in: Claus – Dieter Ehlermann u.a., *Handelspartner DDR. Innerdeutsche Wirtschaftsbeziehungen*, Baden – Baden 1975, S.26

festgeschriebenen Status der DDR als Wirtschaftsinsland abzusichern. Praktisch hieß das: Brüssel besaß keinen Zugriff auf den innerdeutschen Handel, oder überspitzt ausgedrückt: Ostdeutschland erhielt durch die Hintertür den Status eines assoziierten EG - Landes. Und selbst nach Abschluß des Grundlagenvertrags im Dezember 1972 und der folgenden Aufnahme der DDR in die UN hat sich an dieser Praxis im Kern nichts geändert – zu sehr profitierte auch Honeckers Regime von diesen privilegierten Beziehungen. In diesem Sinne bildete die Konstruktion und Praxis des Handels zwischen den beiden deutschen Staaten auch und gerade in den siebziger und achtziger Jahren einen bedeutenden politischen Erinnerungsposten für gesamtdeutsche Staatlichkeit.

Entwicklung des innerdeutschen Handels in Mill. VE 1950 bis 1989 aus der Sicht der BRD und Anteile am jeweiligen Handel von DDR und Bundesrepublik in % – ausgewählte Jahre

Jahr	Bezüge	Lieferungen	Umsatz	Anteil DDR %	Anteil BRD %
1950	415	330	745	16,0	3,7
1954	450	454	904	8,8	2,1
1959	892	1.079	1970	11,1	2,5
1960	1.123	960	2.082	10,3	2,2
1964	1.027	1.151	2.178	9,4	1,7
1969	1.656	2.272	3.928	10,0	1,8
1970	1.996	2.415	4.411	10,2	1,8
1974	3.252	3.671	6.923	9,3	1,7
1979	4.589	4.720	9.309	8,5	1,6
1980	5.580	5.293	10.873	8,2	1,6
1985	7.636	7.901	15.537	8,3	1,6
1989	7.205	8.103	15.308	8,2	1,7

Quelle: Horst Lamprecht, Die Entwicklung des Interzonenhandels von seinen Anfängen bis zur Gegenwart, DIW Sonderhefte Nr.72, Berlin 1965; Michael Kruse, Politik und deutsch – deutsche Wirtschaftsbeziehungen, Berlin 2005, S.298

Die Zahlen will ich nicht im einzelnen interpretieren, zumal sie für sich selbst sprechen. Es bestätigt sich die These, dass der Handel getreues Abbild der politischen Beziehungen war – stagnierend in der hohen Zeit des kalten Krieges, dynamisch in der Ära der Entspannung. Tatsächlich verdecken sie, dass die

Lieferstruktur der DDR im Handel mit den westlichen Industrieländern je länger je ausgeprägter mehr den Status eines industriellen Schwellenlandes denn einer technologisch fortgeschrittenen Ökonomie spiegelte. Geliefert wurden Grundstoffe, Vorprodukte für Produktionsgüter, Agrarprodukte und Verbrauchsgüter, beispielsweise Mineralölprodukte, Schuhe oder Bekleidung; bezogen wurden vor allem in den siebziger und achtziger Jahren Maschinen und sonstige Investitionsgüter, aber auch hochwertige Konsumgüter. Und verdeckt wird zudem, dass der Druck der Devisenbeschaffung um beinahe jeden Preis vor allem seit Ende der 1970er Jahre das Regime dazu zwang, häufig die einfachsten ökonomischen Gesetze des internationalen Handels außer Kraft zu setzen: Statt an Exportwaren zu verdienen und Gewinn zu machen, wurden sie nicht nur in Einzelfällen unter dem Gestehungspreis verschleudert, um überhaupt auf dem westdeutschen Markt bestehen zu können.

Das hier sichtbar werdende Dilemma: Honecker setzte einerseits auf einen Modernisierungsschub durch Einfuhr hochwertiger Westprodukte bei gleichzeitiger Abnabelung vom großen Bruder Sowjetunion, um endlich das ehrgeizige Ziel einer Wirtschaft auf Weltniveau zu verwirklichen; andererseits geriet die DDR damit in eine bis dahin unvorstellbare Abhängigkeit gegenüber dem Westen – die Schuldenfalle öffnete sich, womit zugleich eine der Ursachen für den späteren Kollaps der DDR - Wirtschaft benannt ist. Schalck – Golodkowski, die wichtigste Kontaktperson der DDR gegenüber dem Westen und als Leiter des Bereichs „Kommerzielle Koordinierung“ direkt Honecker zugeordnet, bezifferte für 1980 die Nettoverschuldung gegenüber westlichen Geldgebern 10 Milliarden \$, hinzu kam eine Summe von vier Milliarden DM nicht beglichener Schulden im System des innerdeutschen Handels. Auch die wenigen Fachleute innerhalb der DDR, die einen Überblick über die tatsächliche Lage hatten, waren sich einig, dass diese Größenordnung aus den laufenden Deviseneinnahmen einer längst von der eigenen Substanz lebenden Planwirtschaft nicht mehr abzuzahlen war.¹⁵ Die durchschnittlichen Zinszahlungen dürften angesichts weiterer Verschuldung in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre dann sogar jährlich mehr als vier Milliarden Verrechnungsmark betragen haben, zu bezahlen in harter Westwährung.¹⁶

Bereits Anfang der 1980er Jahre war somit der Traum von einer sich selbst tragenden Modernisierung vorbei, der finanzielle Kollaps angesichts der großen Zahlungskrisen in Ländern des Ostblocks wie in Polen oder Rumänien nur durch die Hilfestellung aus der ungeliebten Bundesrepublik hinauszuzögern.

¹⁵ Wichtiger Kronzeuge hierfür Alexander Schalck – Golodkowski, Deutsch– deutsche Erinnerungen, Reinbeck 2000.

¹⁶ Schalck – Golodkowski (Fußnote 15), S.285, nennt als ehemaliger Leiter des Bereichs „Kommerzielle Koordinierung“ und bester Kenner der Devisenlage der DDR in seinen Memoiren eine Zahl von 5-6 Milliarden DM jährlich für Zins- und Tilgungszahlungen, was annähernd den gesamten Einnahmen aus Westexporten entsprochen habe. Siehe auch André Steiner, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004, S.196.

Daß es zu dieser auch von der Bundesregierung gewollten Verdichtung der wirtschaftlichen Beziehungen kam, war weltpolitisch alles andere als selbstverständlich, war auch ein Zeichen gestiegenen bundesdeutschen Selbstbewußtseins. Zur Erinnerung: Während der ersten Jahre der Präsidentschaft Reagan trieb der kalte Krieg einen erneuten Höhepunkt zu – die Stichworte lauteten verkürzt – plakativ Nachrüstungsbeschluß, Krieg der Sterne, Reich des Bösen.

Was passierte konkret? Die Bundesregierung erhöhte den sogenannten „swing“, einem zinslosen Überziehungskredit im Rahmen des regulären Handelsaustausches, auf 850 Mill. VE, womit es der DDR möglich wurde, zumindest auf kurze Sicht hochwertige Westwaren zu erhalten, ohne dafür Kredite aufnehmen zu müssen. Den spektakulären Höhepunkt dieser deutschen Sonderbeziehungen, begleitet von großem medialem Interesse, stellte jedoch die großen Kredithilfen Bonns im Laufe der achtziger Jahre dar, erklärbar einerseits aus dem Interesse der Bundesregierung, auf diese Weise die humanitären Verhältnisse zu verbessern, andererseits aus dem Wunsch der DDR – Führung, zumindest auf Zeit der westlichen Schuldenfalle zu entkommen. Die größte Aufmerksamkeit erfuhr dabei der vom bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß 1983¹⁷ eingefädelt Kredit über eine Milliarde DM, der – ganz dessen Politikstil entsprechend, wie eine konspirative Geheimdienstaktion inszenierte inszeniert wurde. Nüchtern betrachtet, war er wie folgende Hilfen, Kreditvergabe, vor allem ein zweiter Kredit von 950 Mill. DM 1984, nur der sprichwörtliche Tropfen auf dem heißen Stein. Er sicherte zwar kurzfristig die internationale Zahlungsfähigkeit der DDR, hat aber den Niedergang der Wirtschaft nur geringfügig verzögern können. Vor allem machten diese Zahlungen deutlich, dass die SED – Führung spätestens Mitte der 1980er Jahre das Gesetz des Handelns an den Klassenfeind verloren hatte. An dieser Stelle will ich nur den erwähnten Kronzeugen Schalk – Golodkowski zitieren: „Der Gang der Geschichte konnte durch den Milliardenkredit nicht geändert, der Untergang der DDR nicht verhindert werden. Für mich ist das die vielleicht historische Bedeutung, die dem Kredit zukam: der Zusammenbruch des sozialistischen deutschen Staates (erst) in einer Phase, die ein weltpolitisch günstigeres Klima auszeichnete.“¹⁸ Was er damit meinte: Der Kollaps wurde um einige Jahre verschoben, damit in eine Zeit hinein, die die Vereinigung politisch überhaupt erst vorstellbar machte. Ein zumindest bedenkenswerter Rückblick, formuliert zehn Jahre nach dem Ende der DDR. Bisher sprach ich über den kommerziellen Bereich deutsch- deutscher Beziehungen samt seinen wirtschaftlichen und politischen Implikationen. Es gab

¹⁷ Zu den politischen Einzelheiten, vor allem zur Interessenlage der DDR der insoweit wohl stimmige Bericht von Schalk – Golodkowski, S. 284 ff.

¹⁸ Schalk – Golodkowski, S.303

darüber einen Bereich – nennen wir sie nichtkommerzielle Transfers⁻¹⁹, der zumindest in seinen privaten Teilen Ausdruck innerdeutscher Verbundenheit und einer häufig unterschätzten Solidarität zwischen West und Ost war. Einschränkend sei allerdings angemerkt, dass uns hierzu nur Schätzungen vorliegen. Eine verbindliche rechtliche Regelung für die Vielzahl dieser nichtkommerziellen Waren- und Geldströme hat es übrigens flächendeckend nicht gegeben. Manches wurde ad hoc geregelt, manche private Transfers lediglich geduldet, einiges – vor allem staatliche Zahlungen wie etwa die Transitpauschale in Sonderabkommen festgeschrieben. Doch trotz fehlender Kodifizierung gab es bereits seit der Nachkriegszeit einen wesentlich von Privatpersonen getragenen „wachsenden Strom paraökonomischer Transferleistungen“ von West nach Ost²⁰ - gleichsam jenseits der jeweiligen politischen Großwetterlage. Was ist darunter zu verstehen, welche Formen dieses Transfers hat es gegeben? Ich wähle eine sehr breite Definition, die sich nicht nur auf die Zahlungen an die staatlichen Organe der DDR beschränkt, sondern auch private und kirchliche Hilfen einbezieht. Wir werden sehen, dass damit ein neuer und überraschender Blick auf die deutsch – deutschen Beziehungen möglich wird.

Innerdeutsche Transfers bis 1989 (in Milliarden DM)

	Private	Kirchen		Öffentliche Hand	
Solidarleistungen					
Postsendungen	45,0	Hilfen	2,5	Bargeldhilfe	2,0
Mitnahmen	5,0	Genex	0,3	Med. Hilfe	0,5
Genex	2,6	Kirchen- geschäfte	2,8		
Geldgeschenke	10,0				
insgesamt	62,6		5,6		2,5
Transfers an Staat					
Straßengebühren	1,0			Transitpauschale	7,8
Visagebühren	0,7			Straßenpauschale	0,5
Steuerausgleichs- abgabe	0,2			Genehmigungsgebühren	0,3

¹⁹ Die wesentlichen Ergebnisse dieses Teils übernommen aus: Armin Völze, Innerdeutsche Transfers, in: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Materialien der Enquete Kommission zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED – Diktatur, hg. Vom Deutschen Bundestag, Band V/3, S. 2761 ff. Derselbe, Geld und Politik in den innerdeutschen Beziehungen, in: Deutschlandarchiv, 23. Jahrgang, März 1990.

²⁰ Ebenda, S. 2762

Andere Abgaben	0,2			Investitionsbeteiligungen	2,4
Mindestumtausch	4,5			Häftlingsfreikäufe	3,4
insgesamt	6,6				14,4
Solidarleistungen insgesamt				geschätzt	70,0
Transfers an DDR - Staat					21,0

Quelle: Armin Volze, Innerdeutsche Transfers, in: Materialien der Enquetekommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED – Diktatur in Deutschland, 1995, Band 5/3, S. 2787

Der Übersicht macht eine verwirrende Vielfalt von Transfers sichtbar; sie lassen sich zu zwei großen Gruppen zusammenfassen: Solidarleistungen an Privatpersonen und Kirchen einerseits, Transfers an den Staat DDR andererseits. Im einzelnen heißt das Postsendungen, Geldgeschenke, kirchliche Hilfsleistungen, Abgaben, Gebühren, Mindestumtausch bei DDR – Besuchen, Unterhaltszahlungen, schließlich seit 1972 auch direkte Transfers von Staat zu Staat, und manches mehr. Jeder dieser Positionen würde eine eingehendere Analyse verdienen, was an dieser Stelle nicht möglich ist. Ich beschränke mich deshalb mit wenigen Stichworten auf drei von ihnen, denen ich besondere Bedeutung für unser Problem – vorbereitet oder unvorbereitet in die Einheit – zuzumessen: den privaten und kirchlichen Hilfen, die sich im Verlauf von 40 Jahren auf annähernd 70 Milliarden Mark summierten, sowie die Häftlingsfreikäufe.

Ich beginne mit den Solidarleistungen an Private, von denen beinahe jede Familie in der DDR direkt oder indirekt profitierte. Hierzu lassen sich Postpakete, Geschenke im Reiseverkehr, DM – Geschenke und schließlich von Seiten der DDR organisierte Geschenkdienste über die von der SED gegründete Geschenkdienst GmbH zählen. Allein die Zahl der Pakete und Päckchen belief sich seit Mitte der fünfziger Jahre im Jahresdurchschnitt auf 35 Millionen Sendungen, erreichte kurz nach dem Mauerbau eine Spitze von mehr 50 Mill., um dann bis in die siebziger Jahre wieder auf rund 30 Mill. zurückzugehen. Es ist bemerkenswert, dass selbst noch in den 1980er Jahren diese Zahl nicht unter 25 Mill. sank. Die familiären und freundschaftlichen Bande erwiesen sich auch nach 40 Jahren Teilung erstaunlich stabil. Wen es interessiert: bezüglich der Zahl der Sendungen liegen verlässliche Statistiken vor, bezüglich des Wertes gibt es indirekte Zugänge – Pauschalen für steuerliche Anrechnung, Entschädigungsleistungen für verlorengegangene Sendungen etc.-, die einem akribisch arbeitenden Experten diese Schätzungen ermöglichte: jährlicher Gesamtwert anfangs 700 Mill. DM und seit den 1970er Jahren bis zu 1,9 Mrd.,

was sich insgesamt bis 1989 auf 40 – 50 Milliarden DM summierte, - das war mehr als alle staatlichen Transfers zusammen!

Ein rühmliches Kapitel nichtstaatlicher Solidarität haben schließlich die Kirchen geschrieben. Hilfe erfolgte auf unterschiedliche Weise – in Form materieller Hilfen, etwa durch Lieferung von Baumaterialien, Medikamenten, Textilien, oder durch sogenannte Kirchengeschäfte. Insgesamt bis 1989 dürften sie sich im Falle der evangelischen Kirche auf 1,8 Mrd. summiert haben, bei der katholischen Kirche auf etwa ein Drittel davon. Und mehr noch: Vor allem die evangelischen Landeskirchen haben nach Wegfall des staatlichen Einzugs der Kirchensteuer indirekt in erheblichem Umfang die Gehälter der ostdeutschen Pfarrer mitfinanziert und damit das Überleben vieler Gemeinden gesichert. Dabei wurde ein heute bizarr anmutender Umweg beschritten, der nur aus der politischen Doppelmoral des kalten Krieges zu erklären ist: Die DDR erhielt keine Devisen, sondern Rohstofflieferungen, deren Gegenwert in Mark der DDR den ostdeutschen Kirchen zur Verfügung gestellt wurde. Abgewickelt und vertraglich abgesichert wurden diese Umweggeschäfte auf DDR –Seite von Schalk – Golodkowski, auf Seiten der evangelischen Kirche vom Diakonischen Werk²¹, später stieß auch die katholische Kirche, vertreten durch die Deutsche Caritas, dazu. Kirchenleute hatten somit über den Tausch von Kupfer, Erdöl, Kaffee oder Wolle gegen Hilfe für ihre Gemeinden in Sachsen oder Mecklenburg zu verhandeln – kein Wunder, dass nach der friedlichen Revolution mancher Kirchenmann problemlos zum Politiker mutieren konnte. Finanziell sprechen wir dabei nicht von kleinen Beträgen, da nach den bei der kommerziellen Koordination bürokratisch dokumentierten Daten die beiden Kirchen insgesamt Rohstoffe im Gegenwert von 2,8 Mrd. DM lieferten, wovon mehr als zwei Milliarden auf die evangelische Kirche entfiel. Summa summarum flossen somit den Kirchen in der DDR 5,6 Mrd. Mark zu- wahrlich ein biblischer Zehnten! Davon trugen die Westkirchen netto 4 Milliarden DM, 1,6 Mrd. waren Zuschüsse aus dem Haushalt des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen. Man kann mit Fug und recht die These vertreten, dass diese privaten und kirchlichen Hilfen als handfester Ausdruck der Solidarität sehr viel mehr für den Zusammenhalt von Ost und West bedeuteten, als alle rituellen politischen Beschwörungen und Festtagsreden zum 17. Juni zusammen genommen..

Als letzte Position nenne ich die Häftlingsfreikäufe. Sie waren, wie die anderen, direkt zwischen den Regierungen ausgehandelten Transfers, für das Regime von besonderem Interesse, da sie unmittelbar den Bestand an frei verfügbaren Devisen vermehrten, ohne dass eine wirtschaftliche Gegenleistung zu erbringen war. So moralisch verwerflich der Handel Menschen gegen Devisen auch einzuschätzen ist, so geschäftsmäßig wurde er, je länger, desto professioneller,

²¹ Näheres bei Michael Kruse, Politik und deutsch – deutsche Wirtschaftsbeziehungen, Berlin 2005, S.160ff.

nach klar definierten Spielregeln betrieben – mit Kopfpauschalen von zunächst 40.000 DM, später 100.000 DM, und dies ohne preisliche Differenzierung. Bei insgesamt 31 775 Freikauf –Fällen errechnet sich daraus die erkleckliche Summe von insgesamt 3,44 Mrd. DM für den Zeitraum 1963 und 1989, mit Konzentration auf die 1980er Jahre.²² Jeder, der im Westen seinerzeit glaubte, deutsch- deutsche Beziehungen sollten sich primär an der Sicherung des status quo orientieren, hat diesen Menschenhandel und den damit verknüpften Zynismus erfolgreich verdrängt – wer es wissen wollte, hat es gewusst.

Ich komme zum **dritten Stichwort**, den deutschlandpolitischen Wahrnehmungen und Diskursen in der Bundesrepublik in den 1980er Jahren, beschränkt auf die Fragen a) was wusste man eigentlich von dem Zustand der DDR – Wirtschaft, b) handelte es sich bei den vielfältigen Transfers und Kredithilfen um eine bewusste politische oder finanzielle „Anzahlung“ auf die Vereinigung, anders gefragt: gab es eine Vorstellung davon, wie ein gemeinsames Deutschland gestaltet werden könnte?

Die erste Frage lässt sich nicht eindeutig beantworten, zumal es nach 1990 eine sehr rechthaberische Diskussion zwischen Forschungsinstituten und Politikern gab, wer was vor 1989 hätte wissen müssen oder können. Die Ergebnisse der Enquetekommission „Überwindung der Folgen der SED – Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ sind hierzu wenig erhellend, da es vor allem darum ging, die eigene Rolle vor 1989 zu legitimieren. Immerhin ist ein dort erwähntes Interview des Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Helmut Schlesinger, aus dem Jahre 1991 inhaltlich gewichtig, zugleich repräsentativ für die politischen Eliten bis hin zu Bundeskanzler Kohl. Zum seinem Kenntnisstand bezüglich der Lage der DDR -Wirtschaft befragt, sagte er lakonisch: „Wir sind von falschen, zu positiven Vorstellungen über die tatsächliche Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft ausgegangen.“²³ Und nicht zu vergessen: Die mediale Berichterstattung, sei es in den meinungsbildenden Tages- und Wochenzeitungen wie der „Süddeutschen Zeitung“ oder der „Zeit“ oder die Korrespondentenberichte von ARD und ZDF haben insgesamt zu einem „weichgezeichneten“ Bild der wirtschaftlichen Realitäten beigetragen –aus welchen Gründen auch immer. Wie wir wissen, entfalten falsche Wahrnehmungen ihre eigene Wirklichkeit. Vermutlich wäre bei genauerer Kenntnis mancher politische Fehler nach 1990 vermieden worden.

Die zweite Frage läßt sich nur mit einem Paradoxon beantworten. **Zum einen:** In der Deutschlandpolitik gab ein erstaunliches Maß an politischer Kontinuität

²² Übernommen von Michael Kruse, S.304. Diether Posser, früherer prominenter SPD- Politiker und einer der Akteure bei der Abwicklung, nennt in seinem Buch „Anwalt im kalten Krieg, Bonn 2000“, S.354, eine etwas höhere Gesamtsumme.

²³ Materialien der Enquetekommission „Überwindung der Folgen der SED – Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit, Bd. III/1, Baden – Baden 1999, S. 212

von den Kanzlern Brandt und Schmidt hin zu Kohl. Gemeinsam war in den achtziger Jahren das Credo, nur durch Entspannung, einer Politik der kleinen Schritte und die Pflege deutsch – deutscher Sonderbeziehungen im Bereich der Wirtschaft lasse sich das Bewusstsein des Zusammenhalts aufrecht erhalten, und im übrigen diene man damit zugleich am besten dem Frieden in Europa. Diese Position wurde von den Medien weithin unterstützt, galt zurecht als alternativlos, zumal diese Politik auch sehr praktische Früchte trug. Die Zahl der innerdeutschen Reisen stieg seit den 1970er sprunghaft an, als Folge der Kredite wurde das Grenzregime der DDR ab 1983 gelockert, die Kontakte zwischen Ost und West vertieften sich. Und selbst die deutsche Verkörperung des kalten Kriegers, Franz Josef Strauß, entwickelte sich in seinen letzten Lebensjahren – er starb 1988 – zu einem nachdrücklichen Verfechter derartiger „Sonderbeziehungen“ In seinen zwei Jahre vor dem Mauerfall abgeschlossenen Memoiren attestiert er Honecker sogar – Zitat - ..“dass er ein fundamentales gemeinsames Interesse zwischen den Deutschen in der Bundesrepublik und den Deutschen in der DDR sieht“²⁴

Andererseits: In den 1980er Jahren gehörte Strauß selbst in der Union nur noch zur Minderheit jener, für die diese Form Entspannung kein Endpunkt und Selbstzweck war, die vielmehr am Ziel der Wiedervereinigung als einem konkreten politischen Projekt festhielten. Ein wachsender Teil der Eliten in Politik, Medien und Kultur sah im öffentlichen Festhalten am Wiedervereinigungsgebot – je länger, je mehr – eher eine Gefährdung von Frieden und Entspannung denn einen verpflichtenden Verfassungsauftrag – zumindest hatte man sich mit der Teilung arrangiert. Die Diskussion um die Anerkennung der eigenen Staatsbürgerschaft der DDR, die weit in SPD hineinreichte, bestätigt diese Einschätzung. In dieser veränderten Wahrnehmung des Verfassungsgebotes liegt einer der wesentlichen Gründe, daß es 1989/1990 keine brauchbaren „Blaupausen“ für ein Vereinigungsszenario gab - die Schubladen waren sowohl in den Ministerien als auch in den Forschungsinstituten leer. Typisch hierfür ist die Aussage eines hohen Beamten des früheren Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen vor dem Enqueteauschuß des deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der SED – Diktatur: „Ich konnte mir damals nicht vorstellen, dass die Sowjetunion die DDR als ihre wichtigste Kriegsbeute aufgeben würde und ich hielt die Sowjetunion...immer noch für leistungsfähig genug...wirtschaftliche Hilfe fürs Überleben zu gewähren. Das war eine eindeutige Fehleinschätzung“.²⁵ Mit diesem Kalkül stand der Beamte nicht allein; das Vereinigungsszenario war selbst für Experten unvorstellbar – was hätte man dann vorbereiten und planen sollen? Der Befund lautet somit: Weder die Politik noch die gesellschaftlichen Führungsschichten waren auf eine mögliche Vereinigung vorbereitet – sei es,

²⁴ Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 490

²⁵ Dr. Armin Volze vor der Enquetekommission, 29. Sitzung, in: Materialien der Enquetekommission, Band III/1, Baden – Baden 1999, S.194

dass man dieses Szenario für unrealistisch hielt, sei es, dass man es aus entspannungspolitischen Erwägungen nicht mehr anstrebte. Selbstkritisch füge ich hinzu: Wenn man vom Rathaus kommt, ist man schlauer...Auch ich hätte Ende 1989 kein brauchbares Marschgepäck im Rucksack gehabt.

III

Damit komme ich zum dritten Teil meines Vortrages. Er setzt sich mit den wirtschaftspolitischen Weichenstellungen der Umbruchzeit 1990/91 und deren längerfristige Konsequenzen auseinander. Damit sind wir zugleich beim Ausgangspunkt einer jahrelang streitigen, von Schuldzuweisungen überlagerten Debatte, was seinerzeit falsch gelaufen ist, welche Alternativen es gegeben hätte, kurzum: wie man alles hätte besser machen können, um die Landschaften wirklich zum Blühen zu bringen. Einer der prominentesten, zugleich unerbittlichsten Kritiker war damals Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der 1993 in einem viel gelesenen Buch gar von den *sieben Kardinalfehlern* der wirtschaftlichen Vereinigung sprach²⁶ - als Protestant hat er das Wort „Todsünden“ vermieden, obgleich er das meinte. Seine Kardinalsünden reichten von der fehlenden Vorbereitung der Einheit über die für ihn naive Vorstellung, der Markt werde es schon richten, bis hin zur Politik von Arbeitgebern und Gewerkschaften. Manche dieser Sünden bewahrheiteten sich, doch auf das Gesamtergebnis einer 20 – jährigen Geschichte der deutschen Vereinigung gesehen, hat auch der von mir respektierte Staatsmann geirrt.

Vorweg. Was ist eigentlich die Meßlatte für ein gerechtes Urteil, für Erfolg oder Mißerfolg ? Ist es der angemessene Lebensstandard, eine gute Infrastruktur, eine lebenswerte Umwelt oder von allem etwas? Einiges zu den wirtschaftlichen Langzeitfolgen hatte ich bereits im ersten Teil gesagt, so daß es hier vorrangig um das Kurzzeitszenario des Umbruchs geht. Dabei gilt es immer zu bedenken, daß die politische Herausforderung kein historisches Vorbild besaß: es ging um nicht weniger als um die Transformation einer ganzen Volkswirtschaft von einer zentral gesteuerten Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft.

Die bereits eingangs erwähnten Stichworte markieren die wichtigsten Weichenstellungen. Sie lauten:

- Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion;
- Politik der Tarifparteien;
- Auftrag und Praxis der Treuhand- Anstalt;

²⁶ Helmut Schmidt, Handeln für Deutschland, Berlin 1993, S. 29 ff.

- Finanzierung des Einigungsprozesses.

Zur ersten Frage: Gab es zur Wirtschafts-, Sozial- und Währungsreform vom 1. Juli 1990 eine Alternative oder war sie einschließlich der damit verbundenen Implikationen der politisch notwendige Schritt zum vereinigten Deutschland? Die **Antwort ist einfach**. Weder politisch noch wirtschaftlich war es im Frühsommer 1990 vorstellbar, dass angesichts der sich auflösenden politischen und wirtschaftlichen Strukturen der DDR eine grundsätzlich andere Politik machbar gewesen wäre, es sei denn, die Bundesrepublik hätte ihrerseits entgegen ihrem Verfassungsauftrag die innerdeutschen Grenzen geschlossen. Die prinzipiellen Gegner des Staatsvertrages, die damaligen Ministerpräsidenten Schröder und Lafontaine, haben die damit verbundene Eigendynamik Richtung politischer Vereinigung durchaus realistisch eingeschätzt und folgerichtig einige Monate später im Bundesrat gegen den Einigungsvertrag gestimmt.

Lohnender als die Frage nach dem prinzipiellen Ja oder Nein - wer die Vereinigung wollte, konnte nur Ja sagen - ist hingegen jene nach den Details. Ich greife die zwei wichtigsten heraus: Umtauschkurs von DDR- Mark zu DM sowie die vollständige Übertragung des sozialpolitischen Regelwerks auf die DDR. 1990 gab es eine breite Front von Wirtschaftswissenschaftlern einschließlich des damaligen Präsidenten der Bundesbank, Pöhl, die vor einem Umtauschkurs von 1:1 warnten. Fraglos hatten sie die ökonomische Logik auf ihrer Seite, nicht jedoch die politische. Im Vorfeld betrug die Kursrelation 4,3:1, womit die DDR- Betriebe bis 1989 auch auf dem westdeutschen Markt konkurrenzfähig gewesen waren. Eine ähnliche Sicht hatte auch der damalige Chefunterhändler, Wolfgang Schäuble, der 1991 rückblickend konstatierte: „ Es war Lothar de Maizière genau so klar wie (Bundesbankdirektor) Tietmeyer und mir, dass mit der Einführung der Westwährung die DDR-Betriebe schlagartig nicht mehr konkurrenzfähig sein würden.“²⁷

Dennoch gibt es eine schlüssige politische Begründung für die letztlich getroffene Entscheidung: Große Massendemonstrationen in der DDR gegen den von der Bundesbank vorgeschlagenen Kurs von eins zu zwei, der Kampf der Regierung Maizière um die sozial verträglichere Lösung, die berechtigte Angst der Menschen vor Halbierung des Lebensstandards, vor allem aber hohe Wahrscheinlichkeit, dass es dann zu einem Massenexodus gekommen wäre. Kurt Biedenkopf, damals Professor in Leipzig, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU im Bundestag und vor allem Berater von Maizière bei der Vorbereitung des Staatsvertrages, formulierte am 3. April 1990 in seinem Tagebuch ein nüchtern-engagiertes Plädoyer für eine Lösung im Sinne von eins zu eins: „In meiner Antrittsvorlesung ...werde ich Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion behandeln...Mir scheint, dass die wenigsten in der Bundesrepublik zweierlei begriffen haben: erstens, wie zentral die Frage des

²⁷ Wolfgang Schäuble, Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte, Stuttgart 1991, S. 99

Geldwertes in der DDR geworden ist und welche existentiellen Ängste angesprochen werden, wenn man einen ungünstigen Wechselkurs in Aussicht stellt, und zweitens, dass es sich längst um Innenpolitik handelt, mit der wir es zu tun haben. Auch die Wirtschaft ist längst eine einheitliche.“²⁸

Rückblickend kann man die Dilemma- Situation der Entscheidungsträger nur konstatieren, ohne besserwisserisch eine andere Lösung begründen zu können.

Meine persönliche Einschätzung: Die Währungsunion mit den dort getroffenen Konditionen war eine mutige und politisch richtige Entscheidung. Angesichts offener Grenzen wäre es unverstellbar gewesen, gleichsam über Nacht über den Umtauschkurs die Realeinkommen der DDR- Bürger zu halbieren, zumal die Binnenkaufkraft der Ost- Mark bis 1989, allerdings nur auf das bescheidene Angebot innerhalb der DDR bezogen, etwa jener der DM entsprach.²⁹

Sehr viel **kritischer bewerte ich**, hier in voller Übereinstimmung mit Helmut Schmidt und anderen nachdenklichen Beobachtern wie Biedenkopf, die schlagartige und vollständige Übernahme des sozialpolitischen Regelwerkes der alten Bundesrepublik - vom Sozialversicherungssystem bis zum hochkomplexen Arbeitsrecht -, welches in 40 Jahren entstanden und 1990 längst reformbedürftig war. Damit wurde die Chance vergeben, den neuentstehenden Unternehmen im Osten Deutschlands zumindest auf Zeit einen größeren Spielraum und damit einen dringend erforderlichen Wettbewerbsvorsprung einzuräumen. Was nach 2002, übrigens zwingend erforderlich, mühsam für die gesamte Republik durch die Agenda 2010 nachgeholt werden mußte, hätte in einem **Reformlabor Ost** bereits vor 15 Jahren erprobt werden können.

Zur zweiten Weichenstellung. Kaum weniger als die Politik beeinflussten die Sozialpartner – Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände - das Wohl und Wehe des Wirtschaftsaufbaus Ost. Hören wir dazu erneut Biedenkopf. In seinem Tagebuch berichtet er am 30. März 1990 von einem persönlichen Gespräch mit dem damals mächtigsten deutschen Gewerkschaftsfunktionär, dem IG – Metall - Vorsitzenden Steinkühler, zum Thema Aufbau Ost, vor allem zur künftigen Tarifpolitik. Ich zitiere daraus einen Schlüsselsatz: „Besonderen Wert legt Steinkühler auf die Überlegung, dass die Tarifparteien sich möglichst bald verständigen sollten über die mittelfristige Entwicklung der Löhne und Gehälter in der DDR. Eine Art Koordinatensystem müsste vereinbart werden, welches sicherstelle, dass die Lohnbewegungen in der DDR in Übereinstimmung stünden mit den Bedürfnissen der Kapitalbildung und der Steigerung der Produktivität“³⁰.

Die Einsicht war also vorhanden, und daraus auch Schlußfolgerungen zu ziehen, wäre die Herausforderung, genauer: eine **entscheidende Voraussetzung** gewesen, um den Ost –Betrieben Zeit zur Modernisierung zu geben, um auf

20 Kurt H. Biedenkopf, 1989 – 1990. Ein Deutsches Tagebuch, Berlin 2000, S. 174

²⁹ Ähnlich argumentiert Sinn (Fußnote 3), S. 234.

³⁰ Biedenkopf, S. 168 f.

dem Binnen- wie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu werden. Dazu hätte es 1991/92 eines tarifpolitischen **Moratoriums** bedurft, als 60 % der Westlöhne deutlich überschritten waren, flankiert von öffentlich finanzierten Lohnzuschüssen bei Niedriglohngruppen, um für einige Jahre den wichtigsten Trumpf nutzen zu können, den Lohnkostenvorteil. Angesichts einer hochqualifizierten Arbeiterschaft und in Verbindung mit einer behutsamen Sanierungsstrategie der Treuhand - Anstalt hätte daraus das Szenario für ein „Wirtschaftswunder Ost“ bereits in den neunziger Jahren entstehen können. So musste erst das Tal der Tränen der neunziger Jahre durchschritten werden, bis sich der Kostendruck verringerte und neue, wettbewerbsfähige Strukturen entstanden. Die Lohnstückkosten der Ost - Industrie lagen um 1991 bei dem Doppelten des Westens, 2008 ein Zehntel darunter.³¹

„Hätte“ und „könnte“ hilft freilich heute nur noch wenig. Wir wissen von den eingangs präsentierten Daten, dass die Lohnentwicklung in den ersten Jahren spektakulär der Produktivität und dem Wachstum vorauseilte, dass sich damit scheinbare Wohltat als industriepolitischer **Bumerang** erwies. **Tarifpolitik** wurde im Konsens der westdeutschen Verbände **zulasten Dritter**, der zunächst kaum artikulationsfähigen Industrie der neuen Bundesländer, betrieben – sei es, um sich künftige Konkurrenz vom Leibe zu halten, wie es explizit für die Stahlindustrie vom damaligen Vorstandsmitglied der IG- Metall und langjährigem DGB – Vorsitzenden Schulte bestätigt wird³², sei es, um mit schnellen Lohnerfolgen für den Aufbau neuer Gewerkschaftsstrukturen im Osten werben zu können. Eine der fatalsten Entscheidungen - mit der vorhersehbaren Folge massenhafter Arbeitsplatzvernichtung - war der Stufentarifvertrag für die ostdeutsche Metall- und Elektroindustrie, vereinbart von der IG- Metall und den westdeutschen Verbänden im Jahre 1990, und mit negativer Signalwirkung für alle potentiellen Investoren. In Kenntnis und trotz des extremen Produktivitätsgefälles von 1:3 schrieb er die Lohnangleichung an das Westniveau bis 1994 fest – ein geradezu **abenteuerliches Verständnis von Solidarität zwischen Ost und West!**

Das Ergebnis waren industriepolitisch verlorene Jahre, das nur deshalb nicht wirklich als Skandal wahrgenommen wurden, weil das bewährte soziale Sicherungsnetz temporär die Einkommen von der wirtschaftlichen Entwicklung entkoppelte. Dass es auch anders ging, beweist der damals sehr viel moderatere Kurs der IG- Chemie, der eine wesentliche Voraussetzung für den Erhalt des Chemiestandortes Mitteldeutschland im Raum Bitterfeld war. Umso bewundernswerter ist es, dass gerade im gewerblich- industriellen Bereich seit Mitte der neunziger Jahre ein Neuanfang gelungen ist - trotz der Fehlsteuerung in der Wendezeit.

³¹ Karl – Heinz Paqué, Transformationspolitik in Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 28/2009, S.25

³² Dieter Schulte, Arbeitsplatzsicherung und Aufbau von Arbeitsplätzen, in: Abschlussbericht der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, Berlin 2003, S.268

Damit komme ich zu einem weiteren herausragenden **Akteur der** zeitgenössischen **Industriepolitik**, zur Treuhand – Anstalt. Ihr wurde eine Aufgabe ohne historisches Vorbild, letztlich eine „mission impossible“ übertragen: eine ganze Volkswirtschaft, immerhin die im Industriebereich zweitgrößte des ehemaligen Ostblocks, aus einer hochzentralisierten Planwirtschaft in eine auf Privateigentum beruhenden Marktwirtschaft zu überführen. Auf die Einzelheiten der kurzen und hektischen Geschichte bis Ende 1994 kann ich nicht eingehen³³, vielmehr beschränken wir uns auf die Frage nach den längerfristigen Folgen der damit verbundenen Politik. Nur so viel: Die THA wurde nach Verabschiedung des Treuhandgesetzes am 17. Juni 1990 durch die Volkskammer der DDR zur größten Staatsholding der Welt, in deren Portfolio sich im Juli 1990 8500 Gesellschaften mit vier Millionen Beschäftigten in rund 45000 Betriebsstätten, hervorgegangen aus 220 Kombinat, befanden.

Der ihr politisch gestellte **Auftrag** war in sich **voller Widersprüche**, die ungewollt in der Maxime ihres 1991 ermordeten Präsidenten, Detlev Rohwedder, sichtbar werden: „Schnell privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen“³⁴. Zwischen Privatisierungs- und Sanierungsgebot ergaben sich in der Praxis gleichsam systemlogisch schwerwiegende Gegensätze - in der zeitgenössischen Diskussion mit den Schlagworten „Sanierung durch Privatisierung“ bzw. „Sanierung vor Privatisierung“ umschrieben³⁵, die letztlich zu Gunsten des Privatisierungsgebotes entschieden wurden. Ebenso strittig blieb die konkrete Umsetzung des Grundsatzes „Rückgabe vor Entschädigung“ – übrigens von der Regierung Modrow im März 1990 bereits der Vorläufereinrichtung, der sog. Urtreuhand, mit auf dem Weg gegeben. Gerade der Primat des Rückgabegebots sollte sich in der Praxis vielfach als Hindernis für eine vorausschauende, auf Erhalt und Sanierung zielende Industriepolitik erweisen. Sie wurden u. a. verursacht durch langwierige Verhandlungen mit Alteigentümern, spekulativen Weiterveräußerungsinteressen oder durch vermeintliche oder tatsächliche Rechtsunsicherheit, die auch manchen interessierten Investoren vor einem Engagement zurückschrecken ließ.

Und nicht zuletzt beruhte das gesamte Treuhandkonzept seit Modrows Zeiten auf einer **gigantischen ökonomischen Illusion**, der Vorstellung nämlich, die Veräußerung des bisherigen Volksvermögens werde am Ende ein großes Überschussgeschäft, das wiederum die Voraussetzung für eine erfolgreiche Modernisierung bilden könne. Hatte man im Frühjahr 1990 das Treuhandvermögen noch auf bis zu 600 Mrd. Mark geschätzt, die Treuhand

³³ Einen guten Überblick, auch zur Literaturlage, gibt Jürgen Turek, Art. Treuhand, in: Werner Weidenfeld, Karl- Rudolf Korte (Hg.), Handbuch zur deutschen Einheit, Neuausgabe Bonn 1999; siehe auch Abschlußbericht der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Aufgaben (Fußnote 5).

³⁴ Siehe entsprechenden Hinweis im Titel des Abschlußberichtes (Fußnote 32).

³⁵ Herbert Hax, „Sanierung durch Privatisierung“ oder „Sanierung vor Privatisierung“? Rückblick auf eine Kontroverse, in: Abschlußbericht (Fußnote 32), S.205- 223

dann im Sommer, in der Euphorie des Neubeginns, sogar einen Verkaufswert der Unternehmen von 800 – 1000 Mrd. genannt, so beendete die Treuhand Ende 1994 ihre Arbeit mit einem Defizit von 256,4 Mrd. DM. Die Privatisierungserlöse aus 42 000 Privatisierungsverträgen betrugen demgegenüber nur bescheidene 60 Mrd. DM.

Eine der Erklärungen besteht darin, dass das Ausmaß des wirtschaftlichen Desasters in der DDR, wie bereits erwähnt, weder von Politik und Medien noch von Fachleuten realistisch eingeschätzt wurde, die SED somit noch einen **letzten Propagandasieg** mit der stolzen Parole vom zehntgrößten Industrieland der Welt errungen hatte. Tatsächlich räumte Kohl, sicherlich nicht ohne taktischem Hintersinn, 1998 ein: „Wir hatten in Wahrheit doch gar nicht gewusst, wie bankrott die DDR- Industrie wirklich war...“.³⁶ Für Helmut Schmidt war das übrigens die dritte Kardinalsünde – freilich mit einem Unterton von Selbstgerechtigkeit formuliert. Eine andere Erklärung lieferte bereits 1991 Hans- Werner Sinn³⁷, der dieses „Bankrott- Argument“ polemisch als „Schrotthypothese“ verwarf. Es sei gar nicht möglich wäre, so Sinn als damals engagierter Zeitzeuge, beim Verkauf einer ganzen Volkswirtschaft angemessene Preise zu erzielen, da die Produktionsbestände wegen des riesigen Angebots notwendigerweise unterbewertet würden. Nachträglich wird man beiden Erklärungen Plausibilität zubilligen müssen, sie also nicht als alternative, sondern als komplementäre Interpretation akzeptieren können - vereinfacht gesagt: an beiden ist etwas dran, in meiner Sicht ist die erste allerdings die gewichtigere.

Was ist von den Aktivitäten der Treuhand geblieben? Fraglos viele **enttäuschte Hoffnungen**, soweit man sich der Illusion hingeeben hatte, man könne die Strukturen einer abgewirtschafteten Planwirtschaft gleichsam schmerzfrei in eine funktionsfähige Marktwirtschaft überführen. In dieser Hinsicht wirkte sich das Versprechen Kohls, „niemand wird es schlechter gehen, aber vielen besser“, psychologisch verhängnisvoll aus, trübte zudem bei vielen neuen Bundesbürgern den realistischen Blick auf die tatsächlichen Fortschritte. Die Treuhand hatte die „undankbare Aufgabe eines Insolvenzverwalters“³⁸ zu erfüllen, der zunächst ausschließlich privatisierte, um sich dann relativ spät, 1992, auch der Sanierung zuzuwenden. Man kann die **These** vertreten, dass ein früherer Paradigmenwechsel in Verbindung mit einer zurückhaltenderen Lohnpolitik eine deutlich höhere Beschäftigtenzahl im Verarbeitenden Gewerbe gesichert hätte als jene gerade noch 25% des Standes von 1989. Freilich wäre es nicht angemessen, die Schuld ausschließlich, wie es die hochemotionale Debatte dieser Jahre glauben machen könnte, der Treuhand zuschieben zu wollen. Die Treuhand war bis hinein in ihre Gremienvielfalt nur der getreue Spiegel der

³⁶ nach Jörg Rösler, Die Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland, in: Wolfgang Thierse u.a. (Hg.), Zehn Jahre Deutsche Einheit, Opladen 2000, S.52

³⁷ G. und H.-W. Sinn, Kaltstart, Tübingen 1991

³⁸ Herbert Hax (Fußnote 35), S.222

politisch- gesellschaftlichen Kräfte der alten Bundesrepublik, die allzu lange Politik für die neuen Länder gemäß den eigenen Erfahrungen betrieben. Insoweit, aber auch nur insoweit kann man dem Urteil von Herbert Hax, damals Mitglied des Sachverständigenrates, zustimmen, der rückblickend über die Treuhand schrieb: „Sie hat ihre Aufgabe erfüllt, so gut und so schlecht, wie es eben ging, und ist dann von der Bühne abgetreten; das ist auf jeden Fall positiv zu vermerken.“³⁹

Ich komme zur letzten Weichenstellung mit Langzeitwirkung, **der Finanzierung der Einheit**, die wie kein anderes Thema lange Jahre im Westen Deutschlands emotional besetzt war.

Transferleistungen für Ostdeutschland seit 1990

Bruttoleistungen 1990 – 2009 insgesamt	2000 Milliarden €
Nettoleistungen 1990 – 2009 insgesamt	1620 Milliarden €

Ausgabenstruktur 1991 – 2003 brutto insg.	⁴⁰ 1280 Mrd. €
---	---------------------------

- Sozialpolitisch motivierte Leistungen (Renten, Arbeitsmarkt, Kindergeld, BAFÖG etc.) 630 Mrd. €
- Wirtschaftsförderung Unternehmen (Regionale Wirtschaftsförderung, Investitionszulage, Eisenbahnen und Nahverkehr, Agrarstruktur etc.) 90 Mrd. €
- Ausbau der Infrastruktur (Straßen, Schiene, Wasserstraßen, Wohnungs- und Städtebau etc.) 160 Mrd. €
- Ungebundene Zuweisungen 295 Mrd. €
 - darunter Fonds deutsche Einheit (bis 1994) 62 Mrd. €
 - Bundeszweisungen 85 Mrd. €
 - Länderfinanzausgleich 66 Mrd. €
 - Umsatzsteuerergänzungsanteile 83 Mrd. €
- Sonstiges (Personal, Verteidigung etc.) 105 Mrd. €

Quelle: Jahresgutachten des Sachverständigenrates 2004/ 2005, S. 644;
 Klaus Schroeder, Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall-
 eine Wohlstandsbilanz, Ms. 2009, S. 88;

³⁹ Herbert Hax (Fußnote 35), S.223

⁴⁰ Für 2004- 2009 lagen keine vergleichbaren Aufschlüsselungen vor.

Zunächst zu den Fakten: Die Transfers von West nach Ost betragen im Zeitraum 1990 bis heute, 2009, brutto knapp zwei, netto 1,6 Billionen € was etwa einer jährlichen Transferquote von 4% - 5% des im Westen erwirtschafteten Sozialprodukts entsprach und knapp 30% des ostdeutschen.⁴¹ Ein genauerer Blick zeigt, dass die Hälfte der Transfers sozialpolitisch begründet war und, davon der ganz überwiegende Teil durch die Rentenzahlungen. Weitere 20% entfallen auf Infrastruktur und Wirtschaftsförderung, 30% auf ungebundene Zuweisungen und sonstige Ausgaben. Vereinfacht gesagt: Die großen wirtschaftlichen Gewinner der Einheit waren die Rentner, deren Bezüge – 1989 bei Männern gerade ein Viertel des westdeutschen Niveaus - heute mit Westrentnern gleichgezogen haben. Und zur Erinnerung: Das letzte große Kapitel finanzieller West – Ost – Solidarität wird seit 2005 bis 2019 mit dem Solidarpakt II geschrieben, der bei einem Gesamtvolumen von 156 Mrd. € die immer noch vorhandenen Defizite in Infrastruktur und kommunaler Finanzkraft ausgleichen soll.

Diese solidarischen Lösungen waren und sind nicht nur sozial- und wirtschaftspolitisch geboten, sondern zumeist auch die rechtlich zwingende Folge der Einheit. Nicht die Größenordnung war das Problem, vielmehr die **Art der Finanzierung**. Fairerweise ist den politischen Akteuren der Wendezeit zuzugestehen, dass sich erst zeitversetzt die Höhe der Belastungen absehen ließ, sie somit unter permanentem Entscheidungsdruck neue Finanzierungskonzepte entwickeln mussten. Dennoch ist rückblickend in zweifacher Hinsicht Kritik zu üben:

- Zum einen: Statt eines großen **nationalen Solidaritätsfonds**, initiiert durch eine „Blut – Schweiß – und Tränen“ - Rede des Kanzlers, setzte sich anfangs die Lebenslüge der „Portokasse“ durch. Der 1992 eingeführte Zuschlag von 6% auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer war nur der sprichwörtliche Tropfen auf dem heißen Stein. Die Solidarität der Westdeutschen wurde, anders als von Biedenkopf auf Seiten der CDU oder von Dohnanyi und Leber innerhalb der SPD vorgeschlagen, nicht wirklich offen gefordert, sondern heimlich und auf dem Umweg über eine inflationär steigende Staatsverschuldung erzwungen – sie erhöhte sich allein zwischen Ende 1989 und 1997 auf das Zweieinhalbfache⁴² ..
- Zum anderen: So richtig die Einbeziehung der Rentner in das westdeutsche System und die Einführung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik war, so falsch war der Finanzierungsmodus über die Anhebung der Beiträge zur Sozialversicherung und damit die weitere Verteuerung der Arbeitskosten. Vereinigungsbedingte Kosten wären

⁴¹ Klaus Schroeder, Forschungsvorbund SED – Staat der FU Berlin: Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall – eine Wohlstandsbilanz, Ms., August 2009, S.88

⁴² Uwe Andersen, Finanzierung der Einheit, in: Handbuch zur Deutschen Einheit, Neuausgabe Bonn 1999, S. 368 ff.

allen aufzubürden gewesen, nicht nur den versicherten Arbeitnehmern, das heißt auch den Beamten und Selbständigen über eine Steuerfinanzierung.

Ich räume allerdings ein, dass eine derartige Politik der Ehrlichkeit vermutlich nur durch eine formelle oder informelle „Große Koalition“ realisierbar gewesen wäre. Der Wahlkampf im Dezember 1990 war demgegenüber im Westen geprägt von Neidargumenten und der Verschleierung der neuen finanziellen Herausforderungen – ich füge hinzu, von beiden großen Parteien.

IV

Ich komme am Ende nochmals zur Frage zurück, was uns das alles nach zwanzig Jahren Einheit lehren könnte, anders gefragt: Ob trotz mancher Probleme das **Glas halb voll oder halb leer** ist. Eigentlich habe ich darauf bereits am Anfang eine positive Antwort gegeben. Ja, es gab viele Pannen, viel Verdrängung, viel Weichzeichnerei, aber auch viel gelebte Solidarität – vor 1989 und danach. Ja, es gab nach 1990 Kardinalsünden, freilich keine wirklichen Todsünden, aber auch das Vermögen, Fehler zu korrigieren. Vor allem aber gab es die Fähigkeit der Menschen in den neuen Bundesländern, mit der neugewonnenen Freiheit produktiv umzugehen, einen radikalen Umbruch zu bewältigen, der uns im Westen in den vergangenen sechzig Jahren niemals zugemutet wurde. Wir sollten uns deshalb auch nicht von mancher vordergründigen „Ostalgie“ beunruhigen lassen – am Ende wird die historische Wahrnehmung einer friedlichen und erfolgreichen Revolution bleiben, die es niemals vorher in der deutschen Geschichte gegeben hat.

Was die Menschen im Osten wirtschaftlich hinter sich gelassen haben, will ich abschließend an Hand eines populären DDR – Witzes verdeutlichen. Ich verdanke ihn Richard Schröder, 1990 Fraktionsvorsitzender der SPD in der ersten freigewählten Volkskammer, protestantischer Theologe an der Humboldt – Universität und bis heute eine gewichtige Stimme gegen das Vergessen.⁴³

Zitat : „ Die sieben Weltwunder der DDR:

Obwohl niemand arbeitslos ist, hat die Hälfte nichts zu tun.

Obwohl die Hälfte nichts zu tun hat, fehlen Arbeitskräfte.

Obwohl Arbeitskräfte fehlen, erfüllen und übererfüllen wir die Pläne.

Obwohl wir die Pläne erfüllen und übererfüllen, gibt es in den Läden nichts zu kaufen.

⁴³ Richard Schröder, Über das Eigentum, in : Abschlußbericht (Fußnote32).

Obwohl es in den Läden nichts zu kaufen gibt, haben die Leute fast alles.

Obwohl die Leute fast alles haben, meckert die Hälfte.

Obwohl die Hälfte meckert, wählen 99,9% die Kandidaten der Nationalen Front.“

Ich hoffe, dass auch bei Ihnen die Einschätzung vorherrscht, dass das Glas
- trotz allem - halb voll ist.